

Das lange Ringen um das richtige Corona-Narrativ

Stand: 01.07.2022 | Lesedauer: 4 Minuten

Von **Elke Bodderas**, **Tim Röhn**, Benjamin Stibi



Minister Karl Lauterbach (SPD, r.) und der Virologe Hendrik Streeck bei der Vorstellung des Evaluierungsberichts

Quelle: dpa/Fabian Sommer

Bis zur letzten Minute wurde um den Inhalt des Berichts zur Evaluierung der Corona-Maßnahmen gerungen. Nach viel Streit und Diskussionen gibt es dazu jetzt einen Bericht. Manche aktuelle Aussagen von Christian Drosten sind damit nicht in Einklang zu bringen.

Dass es hinter den Kulissen mächtig geknirscht haben muss, wird erst auf der allerletzten Seite des 160-seitigen Reports zur Evaluierung der Corona-Maßnahmen in Deutschland deutlich. Da steht, über der Anschrift der Geschäftsstelle und dem Impressum, dieser Hinweis: „Prof. Dr. Klaus Stöhr nahm erst ab dem 10.06.2022 an den Beratungen der Evaluationskommission teil. In diesem Zeitraum konnte nicht in allen Punkten Konsens erzielt werden.“

Der Passus ist auf wochenlange Diskussionen zwischen dem Epidemiologen Stöhr und den übrigen 17 Mitgliedern des Sachverständigenausschusses zurückzuführen. Wie WELT AM SONNTAG erfuhr, hätte er auch noch deutlicher ausfallen können: Stöhr hatte eigentlich gefordert, im Bericht transparent zu machen, mit welchen Stellen genau er nicht einverstanden war. Seine grundsätzliche Meinung: Die finalen Aussagen zu Lockdowns seien zu unkritisch ausgefallen.

Gerade, was die sehr vage Analyse der verschiedenen Grundrechtseinschränkungen wie Schulschließungen und Ausgangssperren angeht, hätte sich die Kommission nach Ansicht des

ehemaligen Leiters der globalen Influenza-Programms der Weltgesundheitsorganisation (WHO) deutlich ablehnender äußern müssen.

Auf Anfrage äußerte sich Stöhr ([/wissenschaft/video239501165/Corona-Virologe-Stoehr-zum-Sinn-eine-Maske-im-Sommer-zu-tragen.html](https://wissenschaft/video239501165/Corona-Virologe-Stoehr-zum-Sinn-eine-Maske-im-Sommer-zu-tragen.html)) am Freitag so: „Aus meinem Blickwinkel hätte man etwa bei den Schulschließungen die geringe Krankheitslast und die untergeordnete Bedeutung der Kinder als Quelle von Infektionen stärker bewerten müssen.“ Auch sei ein wichtiger Teil der Literatur über die Häufigkeit von Infektionsausbrüchen in Schulen, ihrer Größe und Bedeutung für das Infektionsgeschehen ausgelassen worden. Stöhr erklärte, er plädiere für Maßnahmen, „die eine Balance finden zwischen der gesundheitlichen, wirtschaftlichen und freiheitlich-demokratischen Auswirkung.“ Das sei, so sieht es Stöhr, in Deutschland zu oft nicht der Fall gewesen.

Intensive Diskussionen wie mit Stöhr wünscht sich der Rat indes auch für die Gesellschaft. Im Bericht heißt es, in der Pandemie seien abweichende Meinungen oft schnell verurteilt worden: „Wer alternative Lösungsvorschläge und Denkansätze vorschlug, wurde nicht selten ohne ausreichenden Diskurs ins Abseits gestellt.“ Dabei sei eine erfolgreiche Pandemiekämpfung ohne offenen Umgang mit Meinungsverschiedenheiten „langfristig nur schwer denkbar.“

Meinungsverschiedenheiten hatte es auch in der Kommission immer wieder gegeben. Nach einer ersten Verschiebung der Abgabe um ein halbes Jahr auf den 30. Juni war die Arbeit im März quasi über mehrere Wochen zum Erliegen gekommen. Dies lag an einer Intervention des Charité-Virologen Christian Drosten ([/themen/christian-drosten/](https://themen/christian-drosten/)), über die WELT AM SONNTAG exklusiv berichtet hatte.

Drosten hatte damals während einer Ratssitzung dafür plädiert, die einzelnen Maßnahmen nicht im Detail zu evaluieren und damit den im Infektionsschutzgesetz (IfSG) verankerten Auftrag nicht zu erfüllen. Man könne ansonsten „in Teufels Küche“ kommen.

Im Anschluss konsultierten die Ratsvorsitzenden das Bundesgesundheitsministerium, in einer gemeinsamen Videokonferenz mit Minister Karl Lauterbach ([/politik/deutschland/video239682871/Karl-Lauterbach-prognostiziert-schwere-Corona-Herbstwelle.html](https://politik/deutschland/video239682871/Karl-Lauterbach-prognostiziert-schwere-Corona-Herbstwelle.html)) (SPD) und Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) wurde die Problematik besprochen. Fünf Wochen später meldete sich Lauterbach beim Ratsvorsitzenden Stefan Huster und informierte ihn: Die umstrittene Maßnahmenbewertung müsse gar nicht bis zum 30. Juni fertiggestellt werden – es werde verschoben oder neu ausgeschrieben. Huster informierte die übrigen Mitglieder über die Entscheidung Lauterbachs.

Doch gegen diesen Plan gab es Widerstand – sowohl ratsintern seitens mehrerer Sachverständiger als auch aus der Politik. Lauterbachs Bitte an die Bundestagsfraktionen, Vorschläge zu einer Veränderung des gesetzlichen Auftrags zu machen, stieß auf taube Ohren. Virologe Drosten entschied im Zuge der Diskussionen, aus dem Rat zurückzutreten – allerdings, ohne sich aus der Debatte um die Evaluierung zurückzuziehen.

In einem Gespräch mit dem „Spiegel“ in der vergangenen Woche hatte er die personelle Ausstattung des Rats beklagt. Die Interviewer behaupteten, es sei keine „externe Hilfe“ gewährt worden, worauf der Wissenschaftler antwortete: „Mir wurde gesagt, das ginge nicht, weil nur persönlich Berufene mitarbeiten könnten.“

Dem entgegen steht die Dokumentation einer Ratssitzung im März. Darin verabredeten Ratsmitglieder nach Informationen von WELT AM SONNTAG, sich eben jene externe Hilfe zu organisieren – unter anderem mit Hilfe von Drosten. Tatsächlich tauchen nun in der Danksagung die Namen von 20 Wissenschaftlern auf, die an der Erstellung des Berichts mitgewirkt haben.

Nicht bekannte Ghostwriter sollen mitgewirkt haben

Darunter sind mit den Kinder- und Jugendärzten Reinhard Berner und Jörg Dötsch auch zwei Mitglieder des Corona-Expertengerats der Bundesregierung. Die Frage dieser Zeitung, worauf er sich bei seiner Aussage im „Spiegel“ bezüglich fehlender Unterstützung bezog, beantwortete Drosten nicht.

Auch ein weiteres Statement aus jenem Interview lässt sich mit dem Papier der Kommission nicht in Einklang bringen. „Dass jetzt erst auf Nachfrage auch noch bekannt wird, dass an der Genese nicht namentlich bekannte Ghostwriter mitgewirkt haben, ist für mich persönlich inakzeptabel“, hatte Drosten gesagt und erklärt, dadurch sei die „Arbeit dieser Kommission für mich als Bürger und als Wissenschaftler“ angreifbar. Zum nun feststehenden Ergebnis der Evaluierung hat sich Drosten bislang nicht geäußert.